

Frankfurt, 14. März 2017

PRESSEKONFERENZ

**Uwe Fröhlich,
Präsident des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)**

Statement

Jahrespressekonferenz

Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR

Pressesprecherin:
Melanie Schmergal

Schellingstraße 4
10785 Berlin
Telefon: (030) 20 21-13 00
Telefax: (030) 20 21-19 05

Internet: www.bvr.de
E-Mail: presse@bvr.de

Meine sehr geehrten Damen und Herren, willkommen zur Jahrespressekonferenz des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), zu der ich Sie alle im Namen des BVR-Vorstandes sehr herzlich begrüße.

Auch im vergangenen Jahr zeigten sich die Volksbanken und Raiffeisenbanken in Deutschland robust und ertragsstark. Ihre vorläufigen Jahresergebnisse liegen erneut auf einem hohen Niveau. Nach wie vor sind die Genossenschaftsbanken **im Kundengeschäft auf überdurchschnittlichem Wachstumskurs**. Ihre Markterfolge sind beachtlich: Die Kreditbestände wuchsen auf 528 Milliarden Euro (plus 4,5 Prozent), die Kundeneinlagen stiegen um 4,8 Prozent auf 637 Milliarden Euro. Die aggregierte Bilanzsumme der Genossenschaftsbanken liegt nun bei 851 Milliarden Euro, das ist ein Plus von 4,1 Prozent. Die Zahl der Mitglieder stieg um 152.000 auf 18,4 Millionen. Mit einem vorläufigen Jahresüberschuss vor Steuern – und vor Zuführung in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB – von 6,8 Milliarden Euro erwirtschafteten die Kreditgenossenschaften ein Plus von 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr 2015. Von Herrn Dr. Martin werden Sie gleich noch Genaueres zu diesen Zahlen hören.

Lassen Sie mich noch einen Satz zur Zahl unserer Banken sagen. Sie wissen, diese Zahl hat erstmals die 1.000 unterschritten. Zum Jahresende 2016 liegt sie bei 972. Ich hatte Ihnen im letzten Jahr einen Rückgang von 50 Banken für 2016 angekündigt – 49 Fusionen sind es nun geworden. Immer liegt dem Fusionsprozess eine wohlüberlegte unternehmerische Entscheidung der Banken vor Ort zugrunde, die auf die maßgeblich extern vorgegebenen Strukturveränderungen in der Branche vorausschauend und unternehmerisch reagieren. Ich gehe davon aus, dass die Fusionszahlen für das laufende Jahr ähnlich aussehen werden. Eines ist aber auch mit Blick in die Zukunft klar: Unser Geschäftsmodell basiert maßgeblich darauf, stets auch vor Ort für unsere Kundinnen und Kunden da zu sein – verbunden mit einem leistungsfähigen Omnikanalangebot, bei dem die Kunden über den Zugangsweg zu ihrer Genossenschaftsbank entscheiden.

Die Genossenschaftsbanken haben im vergangenen Jahr – auch das zeigen die Ergebnisse – die Möglichkeiten zur Reservenbildung gut genutzt. Sie bauten ihre Eigenkapitalbasis aus, um künftige Risiken abzufedern und natürlich um weiteres Wachstum im Privat- und Firmenkundengeschäft zu ermöglichen. Von Herrn Hofmann werden wir dazu später noch mehr hören. Die Aufsicht muss sich also um die deutschen Genossenschaftsbanken eher weniger sorgen.

Wir erwarten in Kürze, von April bis Mai 2017, eine erneute **Umfrage der deutschen Aufsicht zur Ertragslage und Widerstandsfähigkeit der Banken im Niedrigzinsumfeld**. Gleichzeitig startet die Europäische Zentralbank (EZB) parallel eine zusätzliche **Abfrage zur Profitabilität von Banken** bei voraussichtlich 40 ausgewählten deutschen Less Significant Institutions (LSIs). Die deutsche Umfrage von Bundesbank und BaFin besteht aus drei Teilen: der bekannten Niedrigzinsumfeld-Umfrage, dem Stresstest für den Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) sowie einem neuen Umfrageteil zur Überwachung von Kreditvergabestandards, Wohnimmobilien und Pensionsverpflichtungen. Und das mit einem deutlich erweiterten Umfang: Über 1.800 Datenfelder sind nun an die Aufsicht zu übermitteln. Da für diese Erhebung sowohl meldetechnische Daten als auch Controllingdaten miteinander verknüpft werden müssen, steigt die Komplexität. Eine technische Unterstützung ist auch aufgrund des kurzen zeitlichen Vorlaufs und der nach wie vor nicht final vorliegenden Umfragetemplates nur teilweise möglich. Dies führt zu einem hohen manuellen und zeitlichen Aufwand in den Banken. Wir rechnen allein bei den Kreditgenossenschaften mit Kosten im zweistelligen Millionenbereich. Ich will ganz klar sagen: Wir unterstützen das Ziel der Aufsicht, für Finanzmarktstabilität zu sorgen, nachdrücklich. Aber der aufsichtsrechtliche Zusatznutzen rechtfertigt diesen hohen zusätzlichen Erhebungsaufwand nicht.

Auch die erneute Abfrage von Daten aus anderen, der deutschen Aufsicht bereits vorliegenden Meldungen, etwa aus der monatlichen Bilanzstatistik der Bundesbank, führt zu unnötigem Mehraufwand. Einen Wettbewerb der Behörden mit zeitgleichen vergleichbaren Umfragen steht aber einer Bankenunion, die auf einer engen Zusammenarbeit der maßgeblichen Akteure in der Bankenaufsicht aufbaut, nicht gut zu Gesicht.

Bevor wir uns gleich genauer über die Geschäftsergebnisse der deutschen Genossenschaftsbanken austauschen, will ich kurz Ihren Blick auf das Thema **Europa** lenken. Schon morgen, am 15. März, stehen die Wahlen in den Niederlanden an. Auch die Wahlen in Frankreich im April werfen ihre Schatten voraus. In beiden Ländern hat sich der Ton der Politik in den letzten Jahren merklich gewandelt. Im Jahresverlauf wird sich zeigen, ob der Nationalismus in Europa mit gegebenenfalls sehr schmerzhaften Nebenwirkungen für die gemeinsame Entwicklung Europas mehrheitsfähig wird. 2017 ist das Jahr richtungsweisender politischer Entscheidungen.

Großbritannien wendet sich mit dem harten Brexit von der Europäischen Union (EU) ab. Den Brief mit der Austrittserklärung aus der EU will Theresa May noch in dieser Woche verschicken. Was möglicherweise eine große Chance für den Finanzplatz Frankfurt sein kann, ist auf der anderen Seite eine deutliche Belastung für die verbleibenden Beitragszahler zum EU-Budget.

Und die Stimme Großbritanniens für eine Entbürokratisierung in der EU-Regulierung wird leider ebenfalls fehlen.

Fast genau 60 Jahre nach ihrer Gründung durch die Römischen Verträge, die am 25. März 1957 unterzeichnet wurden, befindet sich die EU in einer tiefgreifenden Vertrauens- und Identitätskrise. Europa braucht die richtigen Antworten auf den Nationalismus. Denn ganz sicher würde die fehlgeleitete Politik populistischer Parteien den Wohlstand Europas schwächen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.

Die Europäische Kommission hat daher in einem ungewöhnlichen Schritt ein „Weißbuch zur Zukunft Europas“ vorgelegt, in dem sie fünf große Szenarien skizziert. Erstmals bezieht die Kommission auch Modelle der abgestuften Integration ein. Die kritische Diskussion aus den Mitgliedsstaaten ist damit richtigerweise in den europäischen Institutionen angekommen. Die immer tiefere europäische Integration, die „ever closer union“ der Römischen Verträge, steht zur politischen Debatte. Dieser neue Realismus ist durchaus notwendig, um die richtige Balance zwischen Subsidiarität und Zentralisierung zu finden. Die EU muss besser als bisher die Wirksamkeit und Effektivität ihrer Arbeit überprüfen, anstatt sich in einer beschleunigten Detailregulierung ohne Proportionalität und Augenmaß zu verlieren – gerade auch mit Blick auf unsere mittelständisch agierenden Banken. Der Aufwand wird sich lohnen. Die EU war und ist trotz aller berechtigten Kritik Friedens- und Stabilitätsgarant.

Aber nicht nur die EU muss ihre Hausaufgaben machen. Wir könnten im Euroraum einen großen Schritt vorankommen, wenn die einzelnen Mitgliedsstaaten in ihrer Wirtschaftspolitik mehr tun würden, um das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften zu fördern. Denn nur, wenn etwa die Länder des Euroraumes sich wirtschaftlich ähnlich genug sind, kann der Euro als Gemeinschaftswährung seine Akzeptanz erhalten und seine Vorteile voll ausspielen. Sind die Länder zu verschieden, wird die Geldpolitik den einzelnen Volkswirtschaften zu wenig gerecht und der Verzicht auf anpassungsfähige Wechselkurse zahlt sich letztlich nicht aus. Setzt sich dieses Problem weiter fort, ist die Zukunft des Euro nicht gesichert.

Viele der Probleme, für die schnell Europa oder die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht werden, sind letztlich in den einzelnen Mitgliedsländern zu verorten.

Nach wie vor ist der Reformbedarf in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien besonders hoch. Beunruhigend ist die Wirtschaftsschwäche Italiens. Die Wirtschaftsleistung pro Kopf ist in Italien heute nicht höher als vor der Einführung des Euro. Im Euroraum ist diese um rund ein Fünftel gestiegen. Der wichtigste Beitrag zur Nachhaltigkeit des Euro wäre eine Initiative der

zurückgefallenen Länder zur Modernisierung ihrer geschwächten Volkswirtschaften. Doch das lässt sich aus Brüssel oder Berlin nicht erzwingen.

Den Vorschlag von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, einen **Europäischen Währungsfonds (EWF)** einzurichten, möchte ich nachdrücklich unterstützen. Eine solche Weiterentwicklung des Eurorettungsschirms kann den Umgang mit Staaten in finanziellen Schieflagen verbessern. Voraussetzung muss aber sein, dass ein solcher EWF eine starke, unabhängige Institution ist und bei Hilfsmaßnahmen eine strikte Konditionalität gewährleistet wird.

Übrigens, meine Damen und Herren, müssten wir uns um die Stabilität des Euro kaum Sorgen machen, wenn die Regierungen sich deutlich enger als bislang an den selbst gesetzten wirtschaftspolitischen Regeln orientieren würden. Hier wiederum ist die Europäische Kommission durchaus in der Pflicht. Als Hüterin der Verträge geht sie viel zu nachlässig mit Defizitsündern im Euroraum um. Der Abbau der Staatsschuld ist keine Schönheits-OP. Er ist für die Stabilität des Euro unerlässlich. Mit 92 Prozent lag die Schuldenquote im Euroraum 2016 nur 2 Prozentpunkte unter ihrem Hoch aus dem Jahr 2014. Das ist zwar weniger als beispielsweise die USA mit 108 Prozent, allerdings kann der Euro wegen seiner nationalen Finanzpolitiken hohe Schuldenquoten weniger gut verkraften.

Daher muss die schrittweise Rückführung in Richtung der Maastrichter 60-Prozentmarke entschlossen angegangen werden. Hinzu kommt, dass zum Beispiel in den Niederlanden, in Belgien, Irland, Finnland und Zypern noch keine Fortschritte bei der Verringerung der ebenfalls gefährlich hohen privaten Schuldenstände zu sehen sind.

Wer Wirtschaftsschwäche als Ausrede für das Aufschieben der Konsolidierung bemüht, der irrt. Im Durchschnitt des Euroraums ist die Wirtschaftslage wieder zufriedenstellend.

Und da die Teuerung aktuell nahe am Inflationsziel der EZB liegt, darf die Geldpolitik den Kurswechsel auch nicht mit Blick auf politische Unwägbarkeiten oder potentielle Refinanzierungsprobleme einzelner Volkswirtschaften weiter verschleppen. Anderenfalls droht die EZB zur Getriebenen zu werden. Schon morgen wird der Offenmarktausschuss der Federal Reserve wohl eine weitere Zinserhöhung beschließen. Auch ihre Anleihekäufe muss die EZB bereits in diesem Jahr zurückfahren. Statt der einmaligen Verringerung im April von 80 auf 60 Milliarden Euro monatlich sollten die Käufe in monatlichem Takt weiter zurückgeführt werden. Spätestens zum Jahresende könnte das Programm dann auslaufen. Aber nun, meine Damen und Herren, zu den Geschäftsergebnissen 2016.